

Antrag 114/II/2021**KDV Charlottenburg-Wilmersdorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Obdachlosigkeit beenden**

1 Obdachlosigkeit und obdachlose Menschen gehören wie
 2 selbstverständlich zum Berliner Stadtbild. Auf dem Weg
 3 zur Arbeit, zur Schule, zum Ausbildungsplatz und in den
 4 öffentlichen Verkehrsmitteln begegnen sie uns, ohne dass
 5 wir uns weiter mit ihnen beschäftigen. Auch der Staat hat
 6 die Situation und die Probleme obdachloser Menschen
 7 viel zu lange unterschätzt und sie vor allem als „Gefahr für
 8 die öffentliche Ordnung“ begriffen, was dazu geführt hat,
 9 dass sich vor allem zivilgesellschaftliche und kirchliche Or-
 10 ganisationen um die Bedürfnisse und Sorgen obdachloser
 11 Menschen kümmern. Diese sind dabei chronisch unterbe-
 12 setzt, haben finanzielle Probleme und könnten ihre An-
 13 gebote ohne das ehrenamtliche Engagement vieler Bür-
 14 ger*innen überhaupt nicht aufrechterhalten. Das muss
 15 sich ändern! Wir brauchen staatliche, auf die Bedürfnisse
 16 obdachloser Menschen zugeschnittene, barrierefreie und
 17 garantierte Hilfsangebote!

Zuständigkeit der Behörden

Wir fordern:

- 21 • Die Schaffung einheitlicher Rahmenbedingungen
22 für obdachlose Menschen in allen Bürger*innenäm-
23 tern.
- 24 • Die Betreuung von obdachlosen Personen dort, wo
25 ihr Lebensumfeld ist. Die Zuordnung von obdachlo-
26 sen Personen nach Geburtsmonat ist abzuschaffen.
27 Obdachlose Personen muss freier Zugang zu den
28 Bürger*innenämtern ihrer Wahl verschafft werden.
- 29 • Die Gebühr für die Ausstellung eines vorläufigen
30 Personalausweises ist abzuschaffen.
- 31 • Es soll ein Kooperationsabkommen zwischen dem
32 Land Berlin und dem Bundesministerium für Arbeit
33 und Soziales erzielt werden, um die Zuständigkei-
34 ten für die bezirkliche Dokumentenausstellung und
35 die Beantragung und Verwaltung von Grundsiche-
36 rungsleistungen für obdachlose Personen in einer
37 Behörde zu bündeln und in einem Behördengang zu
38 ermöglichen. Diese Behörde soll ebenfalls medizini-
39 sche und psychologische Beratungsleistung und Be-
40 treuungsangebote durch Sozialarbeiter*innen vor-
41 nehmen können.
- 42 • Die Schaffung einer eigenen Landesbehörde für die
43 Bekämpfung von Obdachlosigkeit, welche bei der
44 Senatsverwaltung für Soziales angesiedelt werden
45 soll. Die gesetzliche Grundlage für diese Behörde
46 soll in einem eigenen Obdachlosigkeitsgesetz ge-
47 schaffen werden. Obdachlosigkeit soll nicht mehr

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Obdachlosigkeit und obdachlose Menschen gehören wie
 selbstverständlich zum Berliner Stadtbild. Auf dem Weg
 zur Arbeit, zur Schule, zum Ausbildungsplatz und in den
 öffentlichen Verkehrsmitteln begegnen sie uns, ohne dass
 wir uns weiter mit ihnen beschäftigen. Auch der Staat hat
 die Situation und die Probleme obdachloser Menschen
 viel zu lange unterschätzt und sie vor allem als „Gefahr für
 die öffentliche Ordnung“ begriffen, was dazu geführt hat,
 dass sich vor allem zivilgesellschaftliche und kirchliche Or-
 ganisationen um die Bedürfnisse und Sorgen obdachloser
 Menschen kümmern. Diese sind dabei chronisch unterbe-
 setzt, haben finanzielle Probleme und könnten ihre An-
 gebote ohne das ehrenamtliche Engagement vieler Bür-
 ger*innen überhaupt nicht aufrechterhalten. Das muss
 sich ändern! Wir brauchen staatliche, auf die Bedürfnisse
 obdachloser Menschen zugeschnittene, barrierefreie und
 garantierte Hilfsangebote!

LEITGEDANKEN EINER REFORM SOLLTEN SEIN:

Wir fordern:

- Die Schaffung einheitlicher Rahmenbedingungen
für obdachlose Menschen in allen Bürger*innenäm-
tern.
- Die Betreuung von obdachlosen Personen dort, wo
ihr Lebensumfeld ist. Die Zuordnung von obdachlo-
sen Personen nach Geburtsmonat ist abzuschaffen.
Obdachlose Personen muss freier Zugang zu den
Bürger*innenämtern ihrer Wahl verschafft werden.
- Die Gebühr für die Ausstellung eines vorläufigen
Personalausweises ist abzuschaffen.
- Es soll ein Kooperationsabkommen zwischen dem
Land Berlin und dem Bundesministerium für Arbeit
und Soziales erzielt werden, um die Zuständigkei-
ten für die bezirkliche Dokumentenausstellung und
die Beantragung und Verwaltung von Grundsiche-
rungsleistungen für obdachlose Personen in einer
Behörde zu bündeln und in einem Behördengang zu
ermöglichen. Diese Behörde soll ebenfalls medizini-
sche und psychologische Beratungsleistung und Be-
treuungsangebote durch Sozialarbeiter*innen vor-
nehmen können.
- Die Schaffung einer eigenen Landesbehörde für die
Bekämpfung von Obdachlosigkeit, welche bei der
Senatsverwaltung für Soziales angesiedelt werden
soll. Die gesetzliche Grundlage für diese Behörde
soll in einem eigenen Obdachlosigkeitsgesetz ge-
schaffen werden. Obdachlosigkeit soll nicht mehr

im ASOG geregelt sein.

- Massive Ausweitung der Finanzierung. Die Bezirke brauchen bedarfsgerechte und gesicherte Finanzierung für Sozialarbeiter*innen, Notunterkünfte und die Befriedigung grundlegender Bedürfnisse von obdachlosen Menschen.
- Langfristig fordern wir die Schaffung eines neuen Sozialgesetzbuches XV auf Bundesebene eigens für die zielgerichtete Bekämpfung von Obdachlosigkeit als soziales Problem. Letztendlich soll die Zuständigkeit gänzlich aus den Jobcentern entfernt werden und bei einer eigenen Bundesbehörde zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit angesiedelt werden. Die Maßnahmen sollen von Bundesebene finanziell verstetigt werden, damit die neue Behörde die Kommunen und die Betroffenen bestmöglich, bedarfsgerecht, zielgerichtet und effizient unterstützen kann.

Unterbringung

Wir fordern:

- So schnell wie möglich Notunterkünfte, zum Beispiel aus Containern oder in leerstehenden Hotels und Bürogebäuden, die auf die grundlegenden Bedürfnisse (Privatsphäre, Barrierefreiheit, Haustiere, Partnerschaften, Sicherheit) obdachloser Menschen eingehen, zu bauen und zur Verfügung zu stellen.
- Die Unterbringung obdachloser Menschen in Einzelzimmern
- Modellprojekte – wie housing first – mehr in den Fokus zu rücken und diese auszuweiten.
- Die bestehenden Unterkünfte durch geschultes und ausgebildetes Personal, sowie deutlich höhere Finanzmittel, zu unterstützen.

housing first

Wir fordern:

- Das Projekt Housing First Berlin, welches nachweislich und nachhaltig wirksam ist, muss als Regelkonzept der Berliner Wohnungslosenhilfe über die ganze Stadt ausgeweitet werden.
- Investitionen des Landes Berlin in das Unterbringungssystem müssen künftig in den Bau und die Bewirtschaftung bezahlbarer Wohnungen fließen.
- Städtische Wohnungsbaugesellschaften (GEWO-BAG, degewo etc.) müssen Soforthilfe leisten, mehr Wohnungen für das Projekt Housing First zur Verfügung stellen und neue Wohnungen hierfür bauen.
- Von den städtischen Wohnungsbaugesellschaften zur Verfügung gestellte Wohnungen müssen verkehrsgünstig liegen.

im ASOG geregelt sein.

- Massive Ausweitung der Finanzierung. Die Bezirke brauchen bedarfsgerechte und gesicherte Finanzierung für Sozialarbeiter*innen, Notunterkünfte und die Befriedigung grundlegender Bedürfnisse von obdachlosen Menschen.
- Langfristig fordern wir die Schaffung eines neuen Sozialgesetzbuches XV auf Bundesebene eigens für die zielgerichtete Bekämpfung von Obdachlosigkeit als soziales Problem. Letztendlich soll die Zuständigkeit gänzlich aus den Jobcentern entfernt werden und bei einer eigenen Bundesbehörde zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit angesiedelt werden. Die Maßnahmen sollen von Bundesebene finanziell verstetigt werden, damit die neue Behörde die Kommunen und die Betroffenen bestmöglich, bedarfsgerecht, zielgerichtet und effizient unterstützen kann.

Unterbringung

Wir fordern:

- So schnell wie möglich Notunterkünfte, zum Beispiel aus Containern oder in leerstehenden Hotels und Bürogebäuden, die auf die grundlegenden Bedürfnisse (Privatsphäre, Barrierefreiheit, Haustiere, Partnerschaften, Sicherheit) obdachloser Menschen eingehen, zu bauen und zur Verfügung zu stellen.
- Die Unterbringung obdachloser Menschen in Einzelzimmern
- Modellprojekte – wie housing first – mehr in den Fokus zu rücken und diese auszuweiten.
- Die bestehenden Unterkünfte durch geschultes und ausgebildetes Personal, sowie deutlich höhere Finanzmittel, zu unterstützen.

housing first

Wir fordern:

- Das Projekt Housing First Berlin, welches nachweislich und nachhaltig wirksam ist, muss als Regelkonzept der Berliner Wohnungslosenhilfe über die ganze Stadt ausgeweitet werden.
- Investitionen des Landes Berlin in das Unterbringungssystem müssen künftig in den Bau und die Bewirtschaftung bezahlbarer Wohnungen fließen.
- Städtische Wohnungsbaugesellschaften (GEWO-BAG, degewo etc.) müssen Soforthilfe leisten, mehr Wohnungen für das Projekt Housing First zur Verfügung stellen und neue Wohnungen hierfür bauen.
- Von den städtischen Wohnungsbaugesellschaften zur Verfügung gestellte Wohnungen müssen verkehrsgünstig liegen.

101 Frauen in Obdachlosigkeit**102 Wir fordern:**

- 103 • Die Durchführung einer geschlechtsspezifischen
- 104 Datenerhebung.
- 105 • Die Schaffung neuer staatlicher Unterkünfte für
- 106 Frauen in allen Stadtteilen. Konkret: eine Notunter-
- 107 kunft für obdachlose Frauen in der City West.
- 108 • Überwachung von Hotspots von sexuellen Übergrif-
- 109 fen durch die verstärkte Präsenz von Sicherheitsper-
- 110 sonal.
- 111 • Die Ermöglichung einer kostenfreien Nutzung aller
- 112 öffentlichen Toiletten für Frauen.
- 113 • Die Ausstattung von öffentlichen Toiletten mit
- 114 kostenfreien Hygieneprodukten und Schwanger-
- 115 schaftstests.

117 Migration und Obdachlosigkeit**118 Wir fordern:**

- 119 • Die Unterstützung der Berliner Obdachlosenhilfe
- 120 durch die Anstellung von Menschen mit Sprach-
- 121 kenntnissen oder den Einsatz von Dolmetscher*in-
- 122 nen.
- 123 • Eine gesamteuropäische Zusammenarbeit auf dem
- 124 Gebiet der Wohnungs- und Obdachlosenhilfe.
- 125 • "Housing First" als Förderprojekt bei der Kommissi-
- 126 on anzusiedeln.
- 127 • Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren für
- 128 EU-Mitgliedsstaaten, die Menschenrechte durch
- 129 staatliche Repressionen gegen obdachlose Men-
- 130 schen missachten.

132 Altersarmut und Obdachlosigkeit**133 Wir fordern:**

- 134 • Die Einführung von Hilfsangeboten im Rahmen der
- 135 staatlichen und zivilgesellschaftlichen Obdachlo-
- 136 senhilfe, welche auf die Bedürfnisse von Rentner*in-
- 137 nen eingehen können und die sie bei Behördengän-
- 138 gen, Besorgungen und auf der Suche nach ggf. güns-
- 139 tigeren

140 Wohnungen unterstützen.**141****142 Medizinische Versorgung****143 Wir fordern:**

- 144 • Mehr öffentliche Gelder für die Bezahlung von me-
- 145 dizinischem Personal in Ambulanzen für obdachlose
- 146 Menschen bereitzustellen.
- 147 • Die Schaffung kostenloser ambulanter psychiatri-
- 148 scher Betreuung unabhängig von einer stationären
- 149 psychiatrischen Behandlung und gleichzeitiger Un-
- 150 terbringung der Menschen in einem eigenen und
- 151 sicheren Wohnumfeld. Das bedeutet, den Sozial-
- 152 psychiatrischen Dienst auszuweiten, mehr Perso-
- 153 nal einzustellen und eine verstärkte Zusammenar-

Frauen in Obdachlosigkeit**Wir fordern:**

- Die Durchführung einer geschlechtsspezifischen Datenerhebung.
- Die Schaffung neuer staatlicher Unterkünfte für Frauen in allen Stadtteilen. Konkret: eine Notunterkunft für obdachlose Frauen in der City West.
- Überwachung von Hotspots von sexuellen Übergriffen durch die verstärkte Präsenz von Sicherheitspersonal.
- Die Ermöglichung einer kostenfreien Nutzung aller öffentlichen Toiletten für Frauen.
- Die Ausstattung von öffentlichen Toiletten mit kostenfreien Hygieneprodukten und Schwangerschaftstests.

Migration und Obdachlosigkeit**Wir fordern:**

- Die Unterstützung der Berliner Obdachlosenhilfe durch die Anstellung von Menschen mit Sprachkenntnissen oder den Einsatz von Dolmetscher*innen.
- Eine gesamteuropäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wohnungs- und Obdachlosenhilfe.
- "Housing First" als Förderprojekt bei der Kommission anzusiedeln.
- Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren für EU-Mitgliedsstaaten, die Menschenrechte durch staatliche Repressionen gegen obdachlose Menschen missachten.

Altersarmut und Obdachlosigkeit**Wir fordern:**

- Die Einführung von Hilfsangeboten im Rahmen der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Obdachlosenhilfe, welche auf die Bedürfnisse von Rentner*innen eingehen können und die sie bei Behördengängen, Besorgungen und auf der Suche nach ggf. günstigeren

Wohnungen unterstützen.**Medizinische Versorgung****Wir fordern:**

- Mehr öffentliche Gelder für die Bezahlung von medizinischem Personal in Ambulanzen für obdachlose Menschen bereitzustellen.
- Die Schaffung kostenloser ambulanter psychiatrischer Betreuung unabhängig von einer stationären psychiatrischen Behandlung und gleichzeitiger Unterbringung der Menschen in einem eigenen und sicheren Wohnumfeld. Das bedeutet, den Sozialpsychiatrischen Dienst auszuweiten, mehr Perso-

beit von Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen und
Psychiater*innen.

- Ein Angebot sozialpsychiatrischer Gespräche in allen zivilgesellschaftlichen Einrichtungen für obdach- und wohnungslose Menschen soll eingeführt und durch das Land Berlin finanziert werden, wobei die Inanspruchnahme der Hilfe durch Dolmetscher*innen immer möglich sein muss.
- Die Schaffung und Finanzierung von mehr (therapeutischem) Wohnraum für die Zeit nach einem Klinikaufenthalt für obdachlose Menschen.
- Eine unbürokratische allgemeine Krankenversicherung für obdachlose Menschen.

Mobile Hilfsangebote

Wir fordern:

- Die finanzielle und personelle Ausstattung der mobilen Hilfsangebote deutlich auszubauen und staatliche Stellen, die die zivilgesellschaftlichen Angebote unterstützen, aufzubauen.
- Die Aufnahme mobiler Hilfsangebote in das Portfolio bereits bestehender staatlicher Hilfsangebote.

Sicherheit obdachloser Menschen

Daher fordern wir:

- Die allgemeine Öffnung der Notunterkünfte für Hunde oder separate Zimmer für Menschen mit Tieren.
- Engere Zusammenarbeit der Berliner Polizei mit den Hilfseinrichtungen und deren geschultes Personal.
- Sensibilisierung und Schulung der Berliner Polizist*innen im Umgang mit obdachlosen Menschen.
- Eine anonyme Anlaufstelle innerhalb der Polizei, zu etablieren, damit obdachlose Menschen Unterstützung erhalten können.

Drogenpolitik

Wir fordern:

- Die Aufhebung der Meldepflicht für Drogenbesitz in Einrichtungen der Obdachlosenhilfe.
- Den massiven Ausbau von Konsumräumen in allen Berliner Bezirken.
- Eine kompetente Drogenberatung durch speziell geschultes Personal bei gleichzeitiger Unterbringung der Menschen in einem sicheren Wohnumfeld.
- Den Ausbau des Angebotes an sogenannten Spritzenautomaten.

Nutzung des ÖPNV

Wir fordern:

- In Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn und der BVG Konzepte zu entwickeln, die es obdachlosen Menschen auch weiterhin ermöglichen sollen,

nal einzustellen und eine verstärkte Zusammenarbeit von Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen und Psychiater*innen.

- Ein Angebot sozialpsychiatrischer Gespräche in allen zivilgesellschaftlichen Einrichtungen für obdach- und wohnungslose Menschen soll eingeführt und durch das Land Berlin finanziert werden, wobei die Inanspruchnahme der Hilfe durch Dolmetscher*innen immer möglich sein muss.
- Die Schaffung und Finanzierung von mehr (therapeutischem) Wohnraum für die Zeit nach einem Klinikaufenthalt für obdachlose Menschen.
- Eine unbürokratische allgemeine Krankenversicherung für obdachlose Menschen.

Mobile Hilfsangebote

Wir fordern:

- Die finanzielle und personelle Ausstattung der mobilen Hilfsangebote deutlich auszubauen und staatliche Stellen, die die zivilgesellschaftlichen Angebote unterstützen, aufzubauen.
- Die Aufnahme mobiler Hilfsangebote in das Portfolio bereits bestehender staatlicher Hilfsangebote.

Sicherheit obdachloser Menschen

Daher fordern wir:

- Die allgemeine Öffnung der Notunterkünfte für Hunde oder separate Zimmer für Menschen mit Tieren.
- Engere Zusammenarbeit der Berliner Polizei mit den Hilfseinrichtungen und deren geschultes Personal.
- Sensibilisierung und Schulung der Berliner Polizist*innen im Umgang mit obdachlosen Menschen.
- Eine anonyme Anlaufstelle innerhalb der Polizei, zu etablieren, damit obdachlose Menschen Unterstützung erhalten können.

Drogenpolitik

Wir fordern:

- Die Aufhebung der Meldepflicht für Drogenbesitz in Einrichtungen der Obdachlosenhilfe.
- Den massiven Ausbau von Konsumräumen in allen Berliner Bezirken.
- Eine kompetente Drogenberatung durch speziell geschultes Personal bei gleichzeitiger Unterbringung der Menschen in einem sicheren Wohnumfeld.
- Den Ausbau des Angebotes an sogenannten Spritzenautomaten.

Nutzung des ÖPNV

Wir fordern:

- In Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn und der BVG Konzepte zu entwickeln, die es obdachlo-

207 Bahnhöfe und Bahnhofshallen als Schlafplatz oder
208 Zufluchtsort vor schlechtem Wetter zu nutzen.

209

210 **Verbesserung der Datenlage**

211 Wir fordern:

- 212 • Vor der nächsten Zählung muss klar zu kommuni-
213 zieren, dass aus den erhobenen Zahlen ein entspre-
214 chender Ausbau der Unterbringungsmöglichkeiten
215 folgt.
- 216 • Bei der kommenden Zählung die Freiwilligen im Vor-
217 feld intensiv von Expert*innen zu schulen. Gleichzei-
218 tig bessere Schätzmethoden zur Erfassung verdeck-
219 ter Obdachlosigkeit zu entwickeln.
- 220 • Das Zählen in unbeleuchteten Flächen und den Kon-
221 takt mit obdachlosen Menschen unter Berücksich-
222 tigung der Sicherheit der Zählenden zu gewährleis-
223 ten, ohne hierfür Sicherheitskräfte einzusetzen.

224

225

sen Menschen auch weiterhin ermöglichen sollen,
Bahnhöfe und Bahnhofshallen als Schlafplatz oder
Zufluchtsort vor schlechtem Wetter zu nutzen.

Verbesserung der Datenlage

Wir fordern:

- Vor der nächsten Zählung muss klar zu kommuni-
zieren, dass aus den erhobenen Zahlen ein entspre-
chender Ausbau der Unterbringungsmöglichkeiten
folgt.
- Bei der kommenden Zählung die Freiwilligen im Vor-
feld intensiv von Expert*innen zu schulen. Gleichzei-
tig bessere Schätzmethoden zur Erfassung verdeck-
ter Obdachlosigkeit zu entwickeln.
- Das Zählen in unbeleuchteten Flächen und den Kon-
takt mit obdachlosen Menschen unter Berücksich-
tigung der Sicherheit der Zählenden zu gewährleis-
ten, ohne hierfür Sicherheitskräfte einzusetzen.